



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/140 - 26. Juni 1961

Archiv  
des Vorstandes der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn  
26. JUNI 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 Worauf es ankommt 40  
Zu der bevorstehenden Deutschland-Erklärung  
des Bundestagspräsidenten

2 Mitwisser 32  
Wer alles über Sawade-Heyde Bescheid wusste

2 Norden statt Butter 19  
Auswirkungen der kritischen Versorgungslage in der Zone

3 - 5 Demokratie - noch unbewältigt für die CDU/CSU 150  
Von Waldemar von Knoeringen  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

6 Die Jagd auf "Parasiten" 52  
Deportation blieb Bestandteil des  
sowjetischen Strafrechtes  
Von Bruno Kuster, Genf

7 Zeitgeschichte ... 27  
Ein Lehrer kommt nach Hause  
Viktor Niedermayer und das schwarze Kindermädchen

\* \* \* \*

Worauf es ankommt

Zu der bevorstehenden Deutschland-Erklärung des  
Bundestagspräsidenten

sp- Wenn Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier am kommenden Freitag in der letzten Parlamentssitzung dieser Legislaturperiode im Namen aller im Bundestag vertretenen Parteien eine Erklärung zum Deutschlandproblem unter Berücksichtigung der letzten Vorstösse Chruschtschow abgibt, kann er gewiss sein, in der ganzen Welt gehört zu werden.

Bei dieser Erklärung wird es darum gehen, unser Volk, aber auch diejenigen Völker, die vor nunmehr zwei Jahrzehnten mit Deutschland im Kriege lagen, davon zu überzeugen, dass die frei gewählte Vertretung der Deutschen eine Friedensregelung anstrebt, die wirklich dem Frieden dient und dem Sicherheitsbedürfnis aller Völker Rechnung trägt.

Dies scheint uns eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik zu sein, denn es ist nicht so, wie Chruschtschow und Ulbricht behaupten, dass die Bundesrepublik oder gar Berlin ein Element der Gefährdung des Friedens sind.

Unsicherheit entsteht durch einen nicht mehr zu kontrollierenden Rüstungswettlauf. Sicherheit dagegen dadurch, dass alle am Rüstungswettlauf Beteiligten ernsthafte Anstrengungen zunächst zur Kontrolle der Rüstungen und dann zur Abrüstung machen. Was man in diesem Zusammenhang in Moskau das "deutsche Problem" nennt, ist in Wirklichkeit ein Weltproblem, dessen Lösung unmittelbar mit der Starrheit der Sowjets bei allen Abrüstungsverhandlungen verbunden bleibt.

Deutsche Armeen entstanden aus dem Wechselspiel internationaler Spannungen nach dem zweiten Weltkrieg. Die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik billigte die Integration deutscher Streitkräfte in das westliche Verteidigungsbündnis als Ausdruck ihres Willens zur Verteidigung der Freiheit. Die Bevölkerung des östlichen Teiles Deutschlands wurde nicht gefragt.

Den jetzt entstandenen gordischen Knoten aufzulösen oder durchzuschlagen, das Sicherheitsbedürfnis des deutschen Volkes mit dem Sicherheitsbedürfnis aller anderen Völker in Einklang zu bringen, das ist die eigentliche Aufgabe der deutschen und der internationalen Politik:

Wir meinen, der Bundestagspräsident übernimmt mit der Erklärung am kommenden Freitag eine grosse Verantwortung, die er aber um so freudiger zu tragen gewillt sein kann, als er weiss, dass die frei gewählte Volksvertretung in der Bundesrepublik einmütig hinter ihm steht.

\* \* \*

### Mitwisser

Der - Den Zeitgenossen beschleicht ein unheimliches Gefühl, wenn er erfahren muss, dass mindestens zwanzig Menschen ihr Wissen über einen des vieltausendfachen Mordes Beschuldigten vor der Öffentlichkeit verbargen. Bei diesen Mitwissern handelt es sich nicht um den als Typ vielbemühten Mann auf der Strasse, es sind dies Männer von hoher Schulung, und sie stehen oder standen im öffentlichen Leben an sichtbarer Stelle. Sie alle wussten, wer dieser seit vielen Jahren steckbrieflich gesuchte Prof. Heyde - alias Sawade - war. Sie liessen ihn ungeschoren, es widersprach ihrer Empfindung und ihrer besonderen Auffassung von Kollegialität, diesen Mann der Justiz zu überliefern. Ein Anruf bei der Polizei hätte wohl genügt, aber nicht einmal dazu reichte es. Hohe Verwaltungsbeamte sind dabei, Juristen mit glänzendem Staatsexamen, auch Richter und Staatsanwälte, die über Recht und Unrecht zu befinden haben. Hier versagten sie, sie liessen zu, dass ein des Massenmordes Angeklagter jahrelang Gutachten abgeben konnte. Nur durch Zufall ist dieser Skandal aufgefliegen.

Wie spiegelt sich das Bild von Gerechtigkeit und verdienter Sühne in den Köpfen dieser Mitwisser? Gewiss wird wohl keiner darunter sein, der etwa die Taten des Prof. Heyde billigte, aber auch keiner ist wohl unter ihnen, von dem man sagen könnte, er hätte die Vergangenheit - die Vergangenheit der Euthanasiamorde! - bewältigt, wäre mit ihr innerlich fertig geworden. Sawade-Heyde verkehrte unter ihnen, bei manchen war er zu Gast, er bekam Aufträge von ihnen, die ihm, den von der Polizei eines Rechtsstaates Gesuchten, eine wohlhabende Existenz ermöglichten. Diese Mitwisser mögen sich im kriminellen Sinne nicht schuldig gemacht haben, sie mögen sich auch frei von Schuld fühlen, aber in einem höheren Sinne haben sie versagt, haben falsch verstandene Kollegialität höher bewertet als die Pflicht, in ihrem Bereich mitzuwirken, dass Recht und Gesetz zur Geltung kommen. Ihr Verschweigen der früheren Tätigkeit Sawade-Heydes mögen sie nun mit ihrem Gewissen ausmachen; sie lieferten durch ihr Verhalten ein Beispiel, von dem nur zu hoffen ist, es möge nicht mehr befolgt werden. Den Schaden tragen wir alle. + + +

### Norden statt Butter

Die Versorgungskrise in dem von Ulbricht beherrschten Teil Mitteldeutschlands lässt sich nicht mehr verbergen. Sie wirkt bis in die kleinsten Bereiche des privaten Verbrauchs hinein. Und dies, obwohl die selbsternannten Machthaber von Ostberlin 1959 grossmäulig verkündeten, die sowjetisch besetzte Zone werde die Bundesrepublik noch in diesem Jahre an Wohlstand und Lebensstandard eingeholt, wenn nicht gar übertroffen haben. Davon kann keine Rede mehr sein, das Regime jenseits des Eisernen Vorhangs leidet unter selbstverschuldeten Schwierigkeiten, begleitet von einer totalen Rechtlosigkeit der schaffenden Menschen Mitteldeutschlands. Die in der Zonenverfassung gewährten Rechte stehen nur auf dem Papier. Das müssten wieder einmal die Arbeiter von Hennigsdorf erfahren. Sie hatten an Ulbricht geschrieben und die Abschaffung der Kundenlisten für Butter verlangt. Statt mehr Butter entsandte der SED-Diktator seinen Agitationschef Norden in diesen Arbeiterort, um besänftigend auf die Arbeiter einzuwirken. Norden erlitt eine glatte Abfuhr, seine Ausreden wurden ihm nicht abgenommen; Agitationsphrasen verfangen eben nicht, sind kein Ersatz für lebensnotwendige Waren. Die Bevölkerung der Zone weiss nur zu gut, wo sie die Hauptverantwortlichen für die kritische Versorgungslage zu suchen hat.

Demokratie - noch unbewältigt für die CDU/CSU

Von Waldemar von Knoeringen,  
stellvertretender Vorsitzender der SPD

Auf dem Landesparteitag der SPD Bayerns in Straubing befasste sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Waldemar von Knoeringen, mit den bisherigen, von der CDU/CSU verschuldeten Versäumnissen und den Voraussetzungen für eine Neuordnung der Kulturpolitik. Wir veröffentlichen den Teil dieser Rede, der sich mit den Ausführungen Dr. Gerstenmaiers und Direktor Hanssler auf dem Kulturkongress der CDU in Gelsenkirchen beschäftigte. Der volle Wortlaut dieser bedeutsamen Rede steht Interessenten zur Verfügung. Die Redaktion.

Die CDU/CSU befindet sich in einer geradezu tragischen Situation. Das wird vor allem deutlich, wenn sich ihre Redner mit den sozialdemokratischen Vorstellungen von Staat und Gesellschaft auseinandersetzen müssen, wie sie im Godesberger Programm und auf dem Wiesbadener Kongress der SPD niedergelegt wurden. Für die Union ist nach zwölf Jahren Regierungszeit die Demokratie immer noch ein unbewältigtes Problem. Sie weiss sich wohl der Demokratie zu bedienen: an ihr Ethos jedoch glaubt sie nicht! Die humanistische Grundlage der pluralistischen Gesellschaft wird hingenommen, aber man hält an der Meinung fest, dass es sich dabei in Wahrheit um eine Fehlentwicklung handelt. Man lässt die Parteien zwar als Instrumente der Politik gelten, möchte aber doch ideologische Ersatzkirchen aus ihnen machen.

Wer die Äusserungen namhafter Unionssprecher einmal kritisch aneinanderreicht und versucht, die staats- und gesellschaftspolitische Konzeption zu erkennen, der wird feststellen müssen, dass sich eine schillernde Bartheit widersprechender Auffassungen durcheinandermischt. Je nach Bedarf ist sie integral, pluralistisch, säkularistisch, humanistisch, liberal, autoritär oder demokratisch. Wenn man versucht, diese Fülle von Widersprüchen zu klären und sich in eine Diskussion einlässt, dann wird ein Schleier nebulöser Formulierungen über die Widersprüche gebreitet. Schliesslich rettet man sich vor einer klaren Aussage hinter den Schutzschild des Wortes "christlich", das man dann als politisches Programm auch für Zwecke in Anspruch nimmt, die mit Christentum nicht das geringste zu tun haben, ja, ihm geradezu entgegengesetzt sind.

Christlich verbräutes Machtdenken

Es ist deshalb nur natürlich, wenn heute viele Gläubige der christlichen Kirchen nicht mehr bereit sind, die ständige Korrumpierung christlichen Anspruches durch das christlich verbräutes Machtdenken einer Partei hinzunehmen. Einer der hervorragenden Sprecher der CDU ist der stellvertretende Vorsitzende der Unionspartei Dr. Eugen Gerstenmaier. Er tritt auf allen Parteitagen als ideologischer Sprecher auf und bestimmt offenbar die geistige Konzeption der CDU. Daher verdienen seine Auffassungen besondere Aufmerksamkeit. Dr. Gerstenmaier hat auf dem Gelsenkirchener Kongress zu einem Wort unseres Freundes Adolf Arndt in

26. Juni 1961

Wiesbaden Stellung genommen. Dr. Arndt hat dargelegt, was für die Sozialdemokratie die Kriterien des Kulturstaaes sind. Er stellte fest, dass eine Partei in ihrer Mittlerrolle zwischen Staat und Gesellschaft zu den letzten Wahrheiten, also den religiösen und weltanschaulichen Wahrheiten, hin offen sein müsse, und dass deshalb der Staat im Vorletzten angesiedelt sei. Wörtlich führte Adolf Arndt aus: "Die Unmenschlichkeit bricht aus, sobald im Vorletzten, wie es jeder demokratischen Partei als Ort gebührt, eine letzte Wahrheit von Menschen zum Maßstab für mitmenschliche Gemeinschaft erhoben wird." - Zu dieser Aussage meinte Dr. Gerstenmaier: "Ich weiss nicht, was dieser nachdenklichen Mann auf den absonderlichen Gedanken gebracht haben mag, dass wir am Ende die Anerkennung 'einer letzten Wahrheit' zum Maßstab der Gemeinschaft in Staat und Gesellschaft machen wollten!"

Dr. Gerstenmaier war dabei offensichtlich nicht bekannt, was sein prominenter Parteifreund, der derzeitige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Dr. Franz Meyers, auf dem 13. Jahreskongress der Internationalen Union Christlicher Demokraten in Freiburg ausführte. In seinem Referat hat Dr. Meyers eine Kostprobe jener Vorstellungen gegeben, die in der CDU lebendig sind und die wesentlichen Elemente der Demokratie - wie Meinungskampf, Kompromiss, Mehrheitsprinzip und Gewaltenteilung - praktisch in Frage stellen: Da wird behauptet, dass der "Widerstreit der ideologischen Systeme nur einen allgemeinen Abbau aller Werte bewirkt". Die christlichen Demokraten, so meint Meyers weiter, stellten dem das Bild der "konstitutionellen Demokratie" gegenüber, die "christliche Überzeugung zum Maß demokratischer Willensbildung machen will". Diese "konstitutionelle Demokratie" - immer nach den Worten Meyers - "beschränkt sich deshalb nicht auf das Mehrheitsprinzip und die Gewaltenteilung; sie versucht, aus dem gesellschaftlichen Interessenpluralismus eine geformte Öffentlichkeit zu entwickeln". Eine christliche Partei müsse daher "zugleich eine integrale Partei" sein, und das Wort "Union" im Parteinamen der deutschen christlichen Demokraten bringe vortrefflich zum Ausdruck, was christliche Demokratie wolle, nämlich "die Überwindung des gesellschaftlichen Antagonismus durch die Integration in der christlichen Überzeugung".

#### Attentat auf Glaubens- und Gewissensfreiheit

Wer erklärt diesen grundsätzlichen Widerspruch zwischen den prominenten Führern der CDU? Was hat Dr. Gerstenmaier dazu zu sagen? Heisst es "Gespenster sehen", wie Gerstenmaier meint, wenn unser Freund Adolf Arndt befürchtet, in einem solchen Staat müssten die Nichtchristen ihre Gleichberechtigung einbüßen und zu Staatsbürgern minderer Würde absinken? Ist es nicht eine Bestätigung dieser Befürchtung, wenn ein anderer Redner des CDU-Kongresses, Direktor Bernhard Hansler, in seinem Referat über den Humanismus den Satz ausspricht: "Wer sich der religiösen Begegnung verschliesst, ist ein defekter Mensch"? - Ein solches Wort auf der politischen Ebene gesprochen, ist ein Skandal. Das Wort vom "defekten Menschen" ist ein Attentat auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Ein solches Wort als Urteil von Menschen über Menschen ist eine schwere Mißachtung der Würde des anderen und eine grobe Verletzung des christlichen Gebotes der Liebe.

Wie so oft schon auf Parteiveranstaltungen der CDU/CSU, haben auch in Gelsenkirchen die Redner dieser Partei das Wort vom humanen Staat und den Humanismus-Begriff skeptischer Kritik unterzogen. Da wird dann leichtthin verkündet, "die geistigen Grundlagen unserer Demokratie" seien "alt und morsch" und es sei "kein Hauch mehr übrig geblieben vom Pathos der Menschenwürde", - wieder ein Zitat von Direktor Hansler.

Dieses Abwerten des Humanen auf den Kongressen einer demokratischen Partei ist gefährlich und verderblich! Es weckt die antidemokratischen Kräfte in unserer Gesellschaft und ermutigt die Mächte des Inhumanen. Und dieses Sichsonnen im angeblichen Besitz der Wahrheit verrät eine Art Wohlstandsdenken im Bereich des Geistigen, von dem ich nicht weiss, wie man es mit der Tugend der christlichen Demut vereinbaren will.

Wir wissen, wie schwer die Aufgabe ist, eine politische Ordnung zu schaffen, in der die Glieder eines Volkes friedlich und loyal zusammenleben können. Aber dieses und nichts anderes ist die grosse kultur- und allgemeinpolitische Aufgabe der Gegenwart, für die Beziehungen der verschiedenen Menschen zueinander, für die Beziehungen der gesellschaftlichen Gruppen und für das Zusammenleben der Völker und Staaten in einer kommenden weltweiten föderativen Ordnung.

Um dieses "Zusammen" in der Vielfalt geht es! Denn für die staatliche Gemeinschaft und auch für die internationale Gemeinschaft genügt es nicht, nur die Bedingungen eines leidlichen Nebeneinanders zu organisieren. Wir müssen zusammen und miteinander leben, als Menschen, die den für sich in Anspruch genommenen Wert auch dem anderen zuerkennen.

Darum befindet sich die Union in einem folgenschweren Irrtum, wenn sie einen Staat zu schaffen sucht, in dem sich die gesellschaftlichen Gruppen den Rücken zuehren und die öffentliche Hand nur die Aufgabe hat, nach irgendeinem Proporz der Konfessionen und Organisationen Gelder unter sie zu verteilen. In einem solchen Staat des missverstandenen Subsidiaritätsprinzips wäre der Pluralismus in der Tat nur ein Schlagwort, mit dem diese gesellschaftlichen Gruppen ihre Absicht tarnen, der ganzen Gesellschaft ihren Willen und ihre Ordnung aufzuzwingen, mit dem Ziel der Herrschaft einer Einheitsideologie über alle.

Pluralismus, wie wir ihn verstehen, ist nicht ein "drittes Bekenntnis" neben den anderen oder eine "Weltanschauung eigenen Gepräges", mit der eine "Erziehungsdiktatur" aufgerichtet werden soll, wie der CDU-Redner Schardt uns missverstehend vorwirft. Pluralismus ist das Prinzip - ich sage es noch einmal - ist nicht im Bereich der letzten Wahrheiten, der Bekenntnisse und der Weltanschauungen angesiedelt, sondern gegründet auf gesellschaftliche Übereinkunft in Achtung und Respekt vor den staatlichen Gemeinschaften und der Würde jedes einzelnen Menschen.

Ja, wir sind nüchtern geworden! Wir erwarten nicht das Heil vom Staate, sondern wir erwarten von ihm nur die Herstellung der mitmenschlichen Ordnung.

Wir haben diesen grundlegenden Gedanken vom "Kulturstaat", der seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften empfängt und dem schöpferischen Geist der Menschen dient in jahrelangen Diskussionen erarbeitet und im Godesberger Programm als Grundlage für unsere politische Arbeit niedergelegt. Diese Diskussionen haben zugleich die Impulse freigemacht, die grossen kultur- und gesellschaftspolitischen Einzelaufgaben in unserem Staate klarer zu erkennen und mit Elan anzugehen.

Die christlichen Demokraten in der Bundesrepublik sind mehr und mehr gezwungen, sich diesen Entwicklungen zu stellen. Der Kongress von Gelsenkirchen hat allerdings gezeigt, dass sie noch weit zurückliegen. Aber auch sie werden eines Tages aufhören müssen, an den falschen Fronten des 19. Jahrhunderts zu kämpfen. Wenn sie sich weiterhin weigern, von den Realitäten unserer Zeit auszugehen, dann wird ihre Politik an den Problemen dieser Gesellschaft scheitern.

Die Jagd auf "Parasiten"

B.K. Im Dezember 1958 waren das sowjetische Strafrecht und der Strafvollzug einer grundlegenden Reform unterzogen worden, welche die Hoffnung aufkommen liess, die Willkürherrschaft der Geheimpolizei und administrativer Organe sei nun zu Ende. Tatsächlich wurde damals feierlich verkündet, dass nur die Gerichte befugt sind, über Schuld und Strafe zu befinden. Damit wurde, wenigstens auf dem Papier, mit einer vierzigjährigen Praxis gebrochen.

Die jüngsten Pressemeldungen über die Verurteilung sogenannter "Parasiten" versetzten aber dieser Hoffnung einen unsanften Stoss. Vladimir Gsovski wirft - gestützt auf sowjetische Quellen - in einer in der Revue der Internationalen Juristenkommission veröffentlichten Untersuchung ("La détention préventive et l'internement administratif en U.R.S.S.") die Frage auf, ob die Verhängung sogenannter "disziplinarischer Massnahmen" ebenfalls ausdrücklich der Kompetenz der Gerichte vorbehalten werde oder ob sie nach wie vor Sache administrativer Organe sei. Tatsächlich wurden die Gesetze von 1934, die dem N.K.V.D. und seinem Nachfolger, dem M.V.D., eine so entsetzliche Macht verliehen, nie aufgehoben. Zwar wurde das M.V.D. im Januar 1960 aufgelöst, aber seine Aufgaben wurden den Innenministerien der einzelnen Republiken übertragen. Andererseits wurde es bisher für unnötig befunden, die Kompetenzen des "Komitees für Staatssicherheit" gesetzlich zu umschreiben.

Im gleichen Zeitpunkt, als die grosse Justizreform des Jahres 1958 öffentlich debattiert wurde, wurden in zahlreichen Republiken Gesetze angenommen, die auf arbeitsfähige Erwachsene und Bürger Anwendung finden, "die als Parasiten leben oder eine für die Gesellschaft nützliche Arbeit ablehnen", oder die "von einem Einkommen leben, das sie nicht verdient haben". Solche Personen können für zwei bis fünf Jahre deportiert und zur Arbeit verpflichtet werden. Derart schwerwiegende Massnahmen werden aber nicht von den ordentlichen Gerichten, sondern von "Volksversammlungen" eines Wohnblockes, einer Strasse oder eines Quartiers verfügt. Das Urteil muss vom zuständigen Exekutivkomitee, einem Organ der Verwaltung, bestätigt werden. Dagegen gibt es keine Berufung und keinen Rekurs vor einem ordentlichen Gericht. Das Urteil wird unverzüglich vollstreckt. Personen, die "von einem Einkommen leben, das sie nicht verdient haben", sind solche, die zwar eine Erwerbsarbeit ausüben, damit aber gegen die offizielle Wirtschaftspolitik verstossen. In Lettland wurde ein Instrumentenmacher zu zwei Jahren Verbannung verurteilt, weil er gebrauchte und beschädigte Musikinstrumente aufkaufte, sie reparierte und dann privat wieder verkaufte.

Die "Parasitengesetze" wurden nach der Justizreform nicht nur nicht aufgehoben, sondern zwei weitere Republiken folgten auf diesem Wege, so zuletzt Georgien im September 1960. Alle diese Gesetze vermeiden vorsichtig Ausdrücke wie "Vergehen" oder "Verbrechen" (da dafür ja die Gerichte zuständig wären!). Auch wird beispielsweise die Verbannung nicht als eine Strafmassnahme bezeichnet, sondern lediglich als "Ausdruck öffentlicher Missbilligung". Begriffe wie "Verbannung" oder "Deportation" werden natürlich ebenfalls umgangen, spricht man doch scheinheilig von "Wegweisung", wie wenn ein Mieter aus seiner bisherigen Behausung verwiesen würde! Kein Zweifel wird aber darüber gelassen, dass Personen, die auf diese Weise ohne Gerichtsurteil für Jahre in ein weit entferntes Dorf "weggewiesen" werden, zur Arbeit verpflichtet sind. Früher nannte man das schlicht Zwangsarbeit.



Zeitgeschichte ...

Ein Lehrer kommt nach Hause

sp - Während in Südtirol die Spannung von Tag zu Tag steigt, Adlai Stevenson nach einem 18-tägigen Südamerika-Besuch feststellen muss, dass die Sympathien für die USA dort nicht gerade gross sind, während in Algerien wieder die Teilung eines Landes vorbereitet wird, in Frankreich die Bauern Barrikaden bauen und in Deutschland erneut eine Berlinkrise droht, kommt - unbeachtet - ein kleiner Lehrer aus Südafrika in die Heimat zurück.

Das ist wirklich wenig am Rade des grossen Zeitgeschehens. Der Lehrer Viktor Niedermayer hat nämlich ein "Verbrechen" begangen. Er erlaubte am Jahreswechsel seinen Kindern, das Weihnachtsfest im Dorfe ihres Kindermädchens zu verbringen. Damit versties er gegen die Gesetze des Gastlandes. Denn in der Republik Südafrika darf sich ein Weisser nicht so weit "erniedrigen", dass er seine Kinder in das Haus des schwarzen Kindermädchens gehen lässt. Das schwarze Kindermädchen kann zwar die Sprösslinge des weissen Mannes pflegen und hüten, aber wenn der weisse Mann sieht, dass die Kinder dieses Mädchen lieben, dass sie gern einmal auch die Familie der Hüterin kennenlernen möchten, dann knallt es.

Viktor Niedermayer muss also laut Anweisung der südafrikanischen Regierung mit Kind und Kegel nach Hause fahren. Die für ihn zuständige Bundesregierung kann gar nichts dagegen machen, denn Viktor Niedermayer hat ein Gesetz des Gastlandes verletzt.

Kenner Afrikas sagten uns, der "Fall Niedermayer" sei schon seit Wochen Gesprächsgegenstand bei vielen afrikanischen Völkern. Irgendwer hat die Geschichte aufgeschrieben in unzählige Dialekte übersetzen lassen und jetzt macht sie in ganz Afrika die Runde. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass Moskau ganz kühl den Vorgang verfolgt, überhaupt keine "Propaganda" damit zu machen braucht und doch seine Position in Afrika verstärkt ...

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel